

DER ‚REALSOZIALISMUS‘ ALS SOZIALE FRAGE. KONTUREN EINES FORSCHUNGSPARADIGMAS

Der Projektbereich „Sozialismus als soziale Frage“ des Potsdamer Zentrums für Zeithistorische Forschung (ZZF) lud am 8. Oktober 2001 zu einem der letzten Workshops im alten Gebäude Am Kanal vor dem Umzug in neue Räume ein. Auch wenn der Titel dieser Veranstaltung kein Fragezeichen trug, deutete das der Einladung hinzugefügte Thesenpapier Peter Hübners darauf hin, dass es nicht nur galt, den angeführten Begriff anhand von vier Analyseaspekten: Akteure, Institutionen, Leitbilder und Regionalisierung einzukreisen, sondern auch in seiner Gänze zu erproben und zu diskutieren.

Die Rede von der Sozialen Frage des Realsozialismus gründet, so Gastgeber Peter Hübner (Potsdam) einleitend, auf der Tatsache, dass dieser einst mit dem Anspruch angetreten sei, die Soziale Frage des 19. Jahrhunderts endgültig zu lösen. Während in den fünfziger Jahren mit großem Optimismus das baldige Gelingen dieses Vorhabens erwartet wurde, sei in der DDR schon in den sechziger Jahren die erhebliche Knappheit an Problemlösungskapazitäten offensichtlich geworden.

Bereits der erste Referent, Christoph Boyer (Dresden, Berlin), unterzog den Begriff der Sozialen Frage als Forschungsparadigma einer Kritik. Er bestätigte diesem zwar, dass er den Weg öffne zu intertemporalen und -kulturellen Vergleichen sowie historische Ursache-Wirkungs-Ketten impliziere. Sein Nachteil jedoch liege in der semantischen Bindung an den Präzedenzfall der Sozialen Frage des 19. Jahrhunderts und deren krisenhaften und konfliktreichen Tatbeständen. Mit dieser Fokussierung des Problematischen verstelle der Begriff den Blick auf den gesellschaftlichen ‚Normalbetrieb‘ des Realsozialismus und reiße seine krisenhaften Phänomene aus dem Kontext der Gesamtentwicklung. Boyer schlug seinerseits eine Erweiterung des Begriffes im Sinne von „sozialen Funktionsproblemen“ vor.

Boyer unterschied drei Möglichkeiten zur Lösung der gesellschaftlichen Problematik der Verteilung materieller und immaterieller Ressourcen sowie der Realisierung spezifischer Gerechtigkeitsvorstellungen. Erstens die systemische Transformation, mit einer mehr oder weniger radikalen Umformung der Reproduktionsstruktur und der Klassenkonstellation, zweitens die Systemreform, bei der bereits installierte Mechanismen korrigiert würden, und drittens die zumeist mit hohem Aufwand betriebene Stützung und Pazifizierung eines längst schon sklerotischen, unhaltbar gewordenen Systems.

Bei der anschließenden Übertragung dieses Rasters auf die Entwicklung realsozialistischer Gesellschaften ordnete er den skizzierten Lösungswegen bestimmte Phasen zu. Auf die dreifache Transformation von Staat, Wirtschaft und Partei, in der bereits gravierende Disparitäten und Widersprüche im System installiert wurden, folgte eine Zeit der Stabilisierung durch Dezentralisierung und Deregulierung des Systems, die schließlich in eine ‚barocke‘ Phase mündete, in der institutionelle Ultrastabilität und eine paternalistische, entdifferenzierte Sozialpolitik den Zerfall aufhalten sollten. In dieser Genese der realsozialistischen Gesellschaft sah Boyer zwar keine Zwangsläufigkeit, doch sei ihre Untergangswahrscheinlichkeit hoch gewesen.

Eine sehr rege Diskussion entspann sich um die Kontrastierung des alten Begriffes mit Boyers Vorschlag. Jürgen Danyel (Potsdam) vermutete, dass der Umfang der mit Boyers Begriff abgedeckten sozialen Funktionszusammenhänge enger sei als der des Begriffes ‚Soziale Frage‘. Peter Skyba (Dresden) betonte das unterschiedliche Abstraktionsniveau der beiden Konzepte. Auch André Steiner (Potsdam) äußerte sich unzufrieden mit der semantischen Belastung des diskutierten Begriffes und schlug vor, die Soziale Frage des Realsozialismus als die Differenz zwischen dem in der Etablierungsphase deklarierten Problemlösungsanspruch und der Wirklichkeit seiner Erfüllung, also als eine Art Bilanz von gesellschaftlichem Soll und Haben, zu messen.

André Steiner (Potsdam) präsentierte zum Thema „Preispolitik als soziales Problem in verschiedenen Wirtschaftssystemen“ Thesen des unter seiner Betreuung laufenden Forschungsprojektes, das in drei Teiluntersuchungen die Charakteristika staatlicher Preispolitik im Nationalsozialismus sowie in der Bundesrepublik und der DDR der fünfziger Jahre herausarbeitet und vergleicht. Entgegen der landläufigen Behauptung habe es staatliche Preisbildung und ihre Instrumentalisierung für politische Interventionen nicht nur in den beiden Diktaturen, sondern

auch in der Weimarer Republik und den ersten beiden Dekaden der Bundesrepublik gegeben, wobei sich die jeweiligen Ziele, Umfang und Mittel wesentlich unterschieden. So sei das primäre preispolitische Ziel im Nationalsozialismus die Einschränkung des individuellen Konsums gewesen, die DDR habe die gezielte, positive Beeinflussung des Lebensstandards durch Preispolitik versucht, und in der Bundesrepublik seien Preisregulierungen zum Schutz des Verbrauchers vor dem unbe-rechenbaren Markt eingesetzt worden. In allen drei Fällen seien die erhofften Effekte begrenzt gewesen und die Effizienz des Gesamtsystems in Mitleidenschaft gezogen worden.

Unter dem Aspekt der Leitbilder des Realsozialismus untersuchten Dietrich Mühlberg und Simone Barck (beide Potsdam) die bildliche und literarische Darstellung von Arbeitern in verschiedenen Phasen des Sozialismus. Dietrich Mühlberg veranschaulichte mit Hilfe zahlreicher Beispiele aus Malerei, Graphik und Fotografie das ‚proletarische Gesicht‘, das die sozialistische Utopie in der Mitte des 19. Jahrhunderts bekommen habe und das sich seitdem von einer Opfermiene zum Kämpferantlitz und schließlich in den zwanziger Jahren, mit Hut, zur Politikerfassade aufgebaut habe. Im Nationalsozialismus sei der Arbeiter in seinen Darstellungen auf bloße Körperlichkeit oder die Eigenschaft, Teil einer mächtigen Masse zu sein, reduziert worden. In der Nachkriegszeit sollte mit dieser Ästhetik gebrochen werden, ebenso wie mit den künstlerischen Traditionen der Zwischenkriegszeit, gegen die nun der sowjetische Realismus ins Feld geführt wurde. In der Anfangsphase der DDR wurden Arbeiter in eher volkstümliche Sujets verpflanzt, die erst allmählich ‚typisch sozialistische‘ Züge bekamen. In den siebziger und noch mehr in den achtziger Jahren zeichnete sich eine Tendenz zur kritischen, pessimistischen Darstellung ab, die bis zur völligen Abstraktion und Dekonstruktion des Menschen führte.

Simone Barck präsentierte ergänzend literarische Beispiele für Arbeiterbilder der DDR. ‚Arbeiterliche‘ Sujets in der Literatur seien bereits sehr früh aus der Thematisierung der industriellen Lebensbedingungen entstanden und boten in der Nachkriegszeit einen Anknüpfungspunkt für die ideologische oder propagandistische Instrumentalisierung durch die SED. Die Versuche der sechziger Jahre einer von oben initiierten Mobilisierung durch den Bitterfelder Weg oder spezielle ‚rote‘ Literaturreihen seien nur begrenzt erfolgreich gewesen. Hingegen habe das Genre der Reportage-Literatur, die Probleme der Arbeiter, Außenseiter, Jugendliche oder Schelmenfiguren thematisierte, eine Blüte erlebt. Das 11. Plenum des ZK der SED habe dem jedoch ein Ende gesetzt und einen regelrechten Kahlschlag in der kritischen Literatur eingeleitet.

Anhand eines Beispiels aus der betrieblichen Kulturpolitik konstatierte Annette Schuhmann (Potsdam) ein Scheitern bzw. die Unfruchtbarkeit der von der SED propagierten sozialistischen Kulturrevolution. Im Bewusstsein der Arbeiter seien die schlechten Arbeitsbedingungen und die Fehlplanung des kulturellen Angebotes viel präsenter gewesen als das Ideal des neuen Menschen. Die Privatisierung des kulturellen Lebens, die zumeist für die siebziger und achtziger Jahre konstatiert wird, zeichnete sich, so Schuhmann, bereits in den sechziger Jahren deutlich ab.

Olaf Klenke (Berlin) berichtete vom Schicksal eines anderen sozialistischen Leitbildes, nämlich dem der wissenschaftlich-technischen Revolution. Am Beispiel der seit Mitte der siebziger Jahre von der SED betriebenen Förderung mikroelektronischer Verfahren ließen sich zwei Problemfelder identifizieren, die sich innovationshemmend ausgewirkt hätten. Dies waren zum einen die technischen und organisatorischen Mängel der Produktion, zum anderen der geringe Erfolg, mit dem die Arbeiter von dem Sinn dieser Maßnahme überzeugt und für eine Unterstützung gewonnen werden konnten.

Auf die in der Diskussion mehrmals erhobene Frage, was an diesen Vorgängen das Sozialismuspezifische gewesen sei und ob nicht in westlichen Systemen ebensolche Widerstände die Einführung von Rationalisierungsmaßnahmen erschwert hätten, antwortete Rüdiger Stutz (Jena) mit dem Hinweis auf die besonderen Organisationsprobleme sozialistischer Wirtschaften, die sich innovationshemmend ausgewirkt hätten. Für die DDR nannte Christoph Boyer als solche die fehlende Weltmarktintegration und die dadurch bedingte Sortimentbreite der Technologieproduktion. In Bezug auf das Verhalten der Arbeiter erinnerte er an die auf die Tschechoslowakei bezogene These des – leider wegen Erkrankung ausgefallenen – Referenten Peter Heumos (München) von der zumeist unterschätzten Persistenz einiger Arbeitermilieus, die deren ideologische Durchdringung erheblich erschwert habe.

Uwe Müller (Frankfurt/Oder) befasste sich mit regionalen Aspekten der Sozialen Frage in der DDR und in Polen. Anhand wirtschaftlicher Kennziffern wie industrielle Beschäftigung oder Pro-Kopf-Einkommen sei für die DDR eine Konvergenz der Regionen, vor allem in Hinblick auf das tradierte Nord-Süd-Gefälle, festzustellen. Soziale Indizes wie Wohnungs- oder Arztdichte zeigten regionale Unterschiede eher zwischen Hauptstadt und Provinz. Regionale Kriterien der Planung wurden in der DDR ab Mitte der sechziger Jahre überlagert von einer Planung, die von den einzelnen Wirtschaftszweigen ausging. In Polen hingegen waren regionale Differenzen noch bis in die achtziger Jahre hinein ausgeprägt; die sozialistische Entwicklungspolitik sei hier, so Müller, weniger nivellierend gewirkt als in der DDR. Ein Grund dafür sei die Tatsache, dass Regionalentwicklung primär als Investitionslenkung, weniger jedoch als umfassende Standortplanung, betrieben wurde. Die damit verbundene einseitige Förderung der Grundstoff- und Schwerindustrie schuf wiederum neue regionale Disparitäten.

Rüdiger Stutz mahnte anschließend, über die primär statistische Annäherung an das Thema nicht die sehr differenzierte Wahrnehmung in der Bevölkerung zu vergessen, die zu jeder Zeit sehr deutliche regionale Unterschiede bezüglich des komplexen Phänomens der Lebensqualität zu benennen vermocht habe.

Die besondere Rolle Berlins in der Systemkonkurrenz des ersten Nachkriegsjahrzehnts illustrierte Michaela Götzmann (Berlin) am Beispiel der Gesundheitspolitik. Bis 1948 sei zwischen der Westberliner SPD und der SED eine konsensuale Politik möglich gewesen, die durch das beiderseitige Rekurrenieren auf sozialdemokratische Traditionen erleichtert wurde. Ab 1948 jedoch geriet Westberlin unter den Druck der Anpassung an die Westzonen, und die bisherige Politik der Westberliner SPD musste mit der Bonner Forderung nach klarer Abgrenzung vom ‚Kommunismus‘ im Osten abgebrochen werden.

Dagmara Jajeśniak-Quast (Frankfurt/Oder) illustrierte die „Betriebszentrierung des Sozialen“ am Beispiel des polnischen Hüttenwerkes Nowa Huta. Als die soziale Frage in diesem Zusammenhang bezeichnete sie die hohe Arbeitslosigkeit, die in der Nachkriegszeit destabilisierende Wirkung entfaltete und deren Lösung eine Priorität des Sechsjahrplanes 1950-1955 war. Weitere Leitlinien dieses Planes seien die Förderung wirtschaftlich schwacher Regionen gewesen, zu denen das Gebiet um Krakau zählte, sowie die strukturpolitische Bevorzugung der Schwerindustrie. Alle drei Ziele wurden mit der Errichtung des Hüttenwerkes in Nowa Huta verfolgt. Dessen besondere Bevorzugung habe sich in höheren Löhnen sowie einem von oben verordneten Stolz auf dieses Werk niedergeschlagen. Dauerhaft hätten sich jedoch erhebliche Probleme gezeigt, die dorthin gelenkten Arbeitskräfte in dem Werk zu halten, Alt- und Neubelegschaft miteinander zu versöhnen und die Werksarbeiter in die Regionalbevölkerung zu integrieren. Als die ökonomische Krise in den achtziger Jahren offen sichtbar wurde, bekannten sich die Arbeiter nur noch sehr ungern zu ihrem Betrieb.

Das zusammenfassende Schlusswort lag bei Simone Barck, eine, angesichts der Heterogenität der Beiträge, wohl nicht ganz einfache Aufgabe. Barck resümierte, dass der Begriff der ‚Sozialen Frage‘, so wie er auf diesem Workshop zur Diskussion stand, weiterer Schärfung bedarf. Der Vorschlag Christoph Boyers, der eine Historisierung und Dynamisierung des Konzeptes vornähme, stelle bereits einen viel versprechenden Ansatz dar.

Eine Abgrenzung sei weiterhin nötig zum Begriff der Sozialpolitik, der als ein Aspekt der von oben determinierten gesellschaftlichen Regulierung natürlich in engstem Zusammenhang stehe mit den ökonomischen Problemen dieser Gesellschaft. Ein wertvoller Schlüssel zu deren Analyse könne das Begriffspaar ‚Differenzierung – Entdifferenzierung‘ sein. Besonders hob Barck die Fruchtbarkeit der Vergleichsperspektive auf Ostmitteleuropa hervor, die jedoch, wenn auch seit längerem als Anspruch proklamiert, in der DDR-Forschung bislang zu kurz gekommen sei. Ungelöst sei immer noch die allgemeine aber zentrale Frage nach dem sozialen ‚Kitt‘ sozialistischer Gesellschaften.

Aus der Polyvalenz der Äußerungen auf diesem Workshop deutete sich an, dass der Begriff der Sozialen Frage und seine Tauglichkeit als Forschungsparadigma für den ‚Realsozialismus‘ noch weiter zu diskutieren sind. Denn allen Dysfunktionalitäten, allen sozialen Fragen zum Trotz verstellt die Konzentration auf das Krisenhafte dieser Gesellschaften den Blick auf ihre Funktionsmechanismen, die immerhin 40 Jahre Bestand hatten. Dieser Workshop stellte ein enorm breites Gesprächsangebot und gab damit eine Fülle von wertvollen Anstößen. Die Suche geht also weiter.